

Frieden – Klimaschutz – Soziale Gerechtigkeit – Für Alle. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE Stahnsdorf für die Kommunal- wahl 2019

Entwurfassung 6

Vorüberlegung: Frieden und Klimaschutz sichern unsere Lebensgrundlage und sind Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit

1. DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Wir kämpfen für konsequente Abrüstung und wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Auf kommunaler Ebene wollen wir alle Gemeindevertreterinnen¹ dazu gewinnen, sich stärker als bislang für **überregionale Friedensinitiativen**, wie die von der Partei DIE LINKE initiierte Kampagne *abrüsten statt aufrüsten*, einzusetzen!
2. Der Antifaschismus gehört zu unseren wichtigsten Traditionslinien und unserem Selbstverständnis. Stahnsdorf hat eine starke Zivilgesellschaft, die gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie arbeitet. Vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Entwicklung ist es dennoch weiter geboten, **zivilgesellschaftliche Projekte und Strukturen** wie das *Netzwerk Tolerantes Teltow Kleinmachnow Stahnsdorf* oder die *AG Stolpersteine* zu stärken.
3. Schreitet der vom Menschen gemachte Klimawandel weiter voran und kommt es wie prognostiziert zu einem Anstieg der Durchschnittstemperatur von über 2 bis zu 6,4° Celsius in diesem Jahrhundert, so hat dies verheerende Folgen für uns alle! Neben Extremwetterereignissen, die u.a. die heimische Landwirtschaft massiv belasten, könnte die Verschiebung von Klima- Vegetationszonen noch stärker als bislang globale Migrationsbewegungen in Gang setzen. Die LINKE setzt sich deshalb für die Umsetzung aller im ‚*Klimaschutzkonzept für Stahnsdorf*‘ vereinbarten Ziele und Maßnahmen sowie die regelmäßige Überprüfung dieses Umsetzungsprozesses ein! Aus unserer Sicht kann dies nur ein erster Schritt sein, um auf kommunaler Ebene einen **Beitrag zur Erfüllung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens bzw. des Klimaschutzplans 2050** zu leisten, um die Erderwärmung in den kommenden Jahrzehnten auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Wir fordern insbesondere:
 - die Realisierung von Kleinwärmenetzen in neuen und noch nicht umgesetzten Bebauungsplänen auf der Basis von erneuerbaren Energien.
 - die Erneuerung aller Heizungen in allen öffentlichen Gebäude und Häusern der kommunaleigenen Wohnungsgesellschaft auf dieser Basis!

¹ Der besseren Lesbarkeit halber wird nachfolgend ausschließlich das generische Femininum verwendet. Bei der Nennung der weiblichen Form (Bewohnerin, Seniorin, Arbeitnehmerin etc.) ist die männliche Form selbstverständlich immer mitgemeint.

1. Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Wohnen

- 1.1 Das Augenmerk der LINKEN liegt auf guten Löhnen für gute Arbeit. Gerade im Rahmen öffentlicher Vergabeverfahren muss die Kommune ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und als Vorbild mit gutem Beispiel bei der fairen Bezahlung vorangehen! Das heißt für uns, dass der landesweite Mindestlohn für öffentliche Ausschreibungen nur die unterste Grenze einer gerechten Bezahlung markieren kann! Wir fordern einen **Mindestlohn von 12,63 EUR²** für alle neu zu vergebenden öffentlichen Aufträge und bereits bestehende Verträge der Gemeinde! Im Rahmen der Vergaberichtlinien sollen bei gleicher Wirtschaftlichkeit Unternehmen aus der Region bevorzugt werden.
- 1.2 Die LINKE setzt sich für mehr Nachhaltigkeit ein. Ein erster Schritt hierzu ist die Förderung des Kleingewerbes vor Ort, das etwa durch regelmäßig abgehaltene **Flohmärkte** gestärkt werden kann. Diese dienen nicht nur einer regionalen wie nachhaltigen Form des Konsums, sondern sind auch ein sozialer Begegnungsort in der Gemeinde. Aus diesem Grund engagiert sich die LINKE in einem ersten Schritt für die Etablierung und Organisation derartiger Märkte durch die Gemeinde und deren Weiterentwicklung hin zu Wochenmärkten. Auf diese Weise erhalten sowohl die regionalen als auch die privaten Erzeuger ein neues Forum, um weitere Absatzmöglichkeiten für ökologisch nachhaltige landwirtschaftliche und andere Produkte zu erschließen.
- 1.3 Die LINKE setzt sich mit aller Kraft für den Ausbau und die Weiterentwicklung **innovativer und sozialgerechter Wohnprojekte** für die Bewohnerinnen unserer Region ein. Dabei sollen auch WG-Wohnprojekte für ortsansässige Seniorinnen, junge Menschen sowie **generationenübergreifende Wohnmöglichkeiten** geschaffen werden. Hierbei ist insbesondere die *Befragung „Seniorgengerechtes und barrierefreies Wohnen in der Gemeinde Stahnsdorf“* aus dem Jahr 2017 miteinzubeziehen. Wir unterstützen besonders das Mehrgenerationenprojekt auf dem Gelände des ehemaligen Elisabeth-Sanatoriums in Kienwerder! Wir fordern die Gemeinde auf, alle Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes hierfür konsequent zu nutzen.
- 1.4 Die Stärkung der Ortsteile Güterfelde, Schenkenhorst und Sputendorf sind uns ein besonderes Anliegen. Um die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und wichtigen Dienstleistungen zu gewährleisten, unterstützen wir die Schaffung und Verstärkung genossenschaftlicher Modelle. Regelmäßig angebotene **Fahrdienste**, um beispielsweise nicht mobilen Bürgerinnen Einkäufe oder Arztbesuche zu ermöglichen, sowie die **Wiederbelebung des Dorflebens** sind zwei förderungswürdige Ansatzpunkte für diese Modellform. Privat organisierte Nachbarschaftsnetzwerke, wie www.nebenan.de, sind einzubeziehen und auf der Homepage der Kommune zu verlinken.
- 1.5 Durch den hohen Vermietungsgrad und die große Nachfrage nach Wohnraum ist die Vergabe von Wohnungen, die im Besitz der Gemeinde oder seiner Wohnungsgesellschaft sind, ein wichtiges Werkzeug zur Berücksichtigung der einheimischen Bevölkerung. Es ist eine Richtlinie zur Vergabe von Wohnungen einzuführen.

² Berechnungen der Bundesregierung zufolge müsste der Mindestlohn massiv angehoben werden, damit Betroffene im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten können. Um dies zu gewährleisten, müssten anstelle des derzeitigen Mindestlohns von 9,19 Euro mindestens 12,63 Euro pro Stunde gezahlt werden.

2. Nachhaltige Ortsentwicklung und Infrastruktur

- 2.1 Um die Lebensqualität in Stahnsdorf zu erhalten, setzt sich die LINKE für eine **maßvolle Entwicklung** ein. Dies ist notwendig, um die Infrastruktur dem Bevölkerungswachstum anzupassen und den Charakter des Ortes zu erhalten. Qualität geht hier vor Quantität!
- 2.2 Im Dienste einer behutsamen innerörtlichen Entwicklung sowie der Maßgaben des Klimaschutzes sollen Grün- und Ackerflächen überwiegend als solche erhalten bleiben. Gewährleistet werden kann dies durch den Kauf von innerörtlichen Grün- und Waldflächen, wie dem Beethovenwäldchen oder dem Waldstück zwischen Güterfelder Damm und Friedrich-Naumann-Straße, sowie dem Schutz des dortigen Baumbestandes. Außerdem machen wir uns stark für eine weitere strikte Einhaltung der Baumschutzordnung und zusätzlichen Aufforstungsmaßnahmen.
- 2.3 Mit dem Ziel größtmöglicher Bürgernähe, Anwenderfreundlichkeit und Transparenz streben wir den deutlichen **Ausbau der Digitalisierung** der Verwaltung an (**E-Government**)! Serviceleistungen der Verwaltung müssen in zeitgemäßer Form angeboten und Behördenbesuche auch online erledigt werden können. Dabei ist die Anknüpfung an die auf Kreisebene geplanten Entwicklungsschritte im Bereich der Digitalisierung mit zu berücksichtigen. Hierunter fallen u.a.:
 - die Auskünfte zu Beantragungsverfahren und jeweils zuständigen Behörden
 - die Beantragung von Reisepässen, standesamtlichen Urkunden, Führungszeugnissen, Gewerbemeldungen, Wohngeldanträge (dies ist eine Landkreis-Angelegenheit), Melderegisterauskünfte etc.
 - Formulare müssen online ausfüllbar und zustellbar sein, damit E-Government nicht bereits bei der Informationsbeschaffung endet. Chat- und Forenfunktionen eröffnen niedrigschwellige Angebote, um sich Rat und Unterstützung beim Ausfüllen von Unterlagen zu holen.
 - Auch ein modernerer Web-Auftritt ist unabdingbar; Suchfunktionen sind zu optimieren!
 - Eine Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen und Partnern (z.B. www.nebenan.de) wird forciert!
- 2.4 Die LINKE forciert die Standortverlegung des neuen Feuerwehrdepots auf das Grundstück Annastr.
- 2.5 Wir treten für eine **soziale und ökologische Verkehrswende** ein. Dies umfasst u.a. folgende Punkte:
 - Wir setzen uns für die **Instandsetzung der Fuß- und Radwege** ein, z.B. der Weg zum Bülow-Gymnasium über die Alte Potsdamer Landstraße.
 - Der Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs im Großraum Berlin-Potsdam ist klimafreundlich und mobilitätsgerecht zu gestalten. Der deutliche Ausbau geeigneter Fuß- und Radwege sowie der Schaffung eines umfangreichen Angebots an Radabstell- und Parkplätzen in Bahnhofsnähe und guter ÖPNV-Anbindung zur Vermeidung des individuellen Pkw-Verkehrs in der Gemeinde ist unbedingt zu gewährleisten.
 - Auch kostengünstigere Alternativen zur S-Bahn-Verlängerung müssen bedacht werden. In Rahmen der Nahverkehrsplanung wird die LINKE auch Elektromobilität forcieren. Auf einigen Linien könnten O-Busse via Oberleitung und Batterie angetrieben werden. Es ist zu prüfen, ob bis zur Verlängerung der S-Bahn nach Stahnsdorf auf der Trasse nicht selbstfahrende E-Busse zum Einsatz

kommen könnten, um die kürzeste Verbindung zur neuen Gesamtschule in Teltow zu schaffen.

- 2.6 Die LINKE tritt für geeignete Lärmschutzmaßnahmen an neuen Straßen ein, um bei betroffenen Anwohnerinnen Abhilfe zu schaffen und Gesundheitsschädigungen zu vermeiden! Deshalb machen wir uns stark für erneute Lärmmessungen an der L40 nach Fertigstellung der L77 sowie im Bereich „Biomalzspange“, zwischen Gewerbegebiet Stahnsdorf und Kreisel in Teltow bei McDonald's.
- 2.7 Die LINKE setzt sich für intensivere Kooperationsformen in der Region TKS ein, z.B. für die rasche Umsetzung des Beschlusses zur Gründung eines gemeinsamen Bauhofs TKS.
- 2.8 Die LINKE setzt sich mittel- bis langfristig für eine Prüfung zur Errichtung einer Parkanlage für Bürgerinnen ein! Es handelt sich um das Flurstück, das nördlich durch die L 40, westlich durch den Stahnsdorfer Damm bis einschließlich des Waldes östlich der Fichtestraße und südlich von der Großbeerenstraße umgrenzt ist. Der Park, der ggf. Spielplatz und Naturlehr- und Trimm-Dich-Pfad beinhalten könnte, soll mit den Bürgerinnen und durch sie entwickelt und umgesetzt werden.

3. Für mehr WIR: Bildung, Freizeit, Kultur – unter Bürgerbeteiligung

- 3.1 Die LINKE fordert die quantitative und qualitative **Weiterentwicklung des frühkindlichen Betreuungs- und Bildungsangebotes** für alle Kinder bis zum Übergang in die Schule und in den Horten. Dies umfasst insbesondere:
 - eine **kostenlose musikalische Früherziehung (MFE)** für alle Kinder vor der Einschulung. Denn wie kaum eine andere soziale Tätigkeit stiftet gemeinsames Musizieren unbändige Freude und Gemeinschaft und fördert die intellektuellen wie sozialen Kompetenzen.
 - **bedarfsgerechtere Öffnungszeiten der Kitas** für (alleinerziehende) Berufstätige.
 - die Schaffung eines Mitarbeiterpools für flexibel einsetzbare Erzieherinnen, um den gesetzlichen Bildungsauftrag zu sichern und nicht ‚nur‘ die Betreuung.
 - die **Einführung einer Frühstücks- und Vesperversorgung in den Kindertagesstätten und einer Vesperversorgung in den Horten** auf der Basis neuester ernährungswissenschaftlicher Erkenntnisse. Dafür sind Ernährungsberatungen für Eltern, Erzieher und Küchenkräfte durchzuführen. Zur Qualitätssicherung fordern wir zudem die Festsetzung eines Mindestbetrags für den nachweislichen Wareneinsatz.
- 3.2 Die LINKE engagiert sich bei der Kitabetreuung für weitere **beitragsfreie Jahre**.
- 3.3 Die LINKE setzt sich aktiv dafür ein, dass **jedes Kind an den Grundschulen entsprechend seiner Fähigkeiten chancengleich gefördert** wird, um den optimalen Weg in die weiterführenden Schulen zu ermöglichen. Dazu ist innerhalb eines regelmäßig stattfindenden **runden Tisches** mit Eltern, Lehrerinnen, Erzieherinnen, der Verwaltung, Fördervereinen, dem Seniorenbeirat und politischen Gremien eine Vision unter dem Titel „GEMEINSAM für eine stärkere Wertschätzung und Achtung der Schule“ zu erarbeiten und mit Maßnahmen umzusetzen. Diese umfassen etwa:
 - **Bildungsangebote**, um Eltern mit neuen Ergebnissen der Kinder- und Lernpsychologie vertraut zu machen. Hierdurch wird ein Beitrag zur Schaffung optimaler Lernbedingungen auch an außerschulischen Orten geleistet.

- eine stärkere **Miteinbeziehung der Eltern mit ihren Lebens- und Berufserfahrungen im Rahmen von Projekten und Arbeitsgemeinschaften**. Hierdurch können Schülerinnen nicht nur neue Lernformate erproben, sondern auch erste Erfahrungen mit der Berufswelt knüpfen.
 - eine stärkere Ausrichtung auf Schülerinnen mit **Rechenschwäche und Matheangst**.
 - die Einrichtung einer **angeleiteten Hausaufgabenbetreuung** für alle Schülerinnen: Unser Ziel ist es, die Schwächeren stark und die Starken noch viel stärker zu machen! Neben Lesepatentmodellen sind dauerhafte **Lernpatenschaften** durch finanzielle Mittel oder gegenseitiges bürgerliches Engagement einzurichten. Denkbar ist, dass Seniorinnen als Lesepatinnen zur Verfügung stehen.
 - eine **Forstsetzung der musikalische Früherziehung** zur Forcierung kreativen Verhaltens und sozialer Fähigkeiten.
 - **Verkehrserziehung**.
- 3.4 Die LINKE fordert eine Schulverpflegung mit mindestens 30%igem Anteil an ökologisch produzierten Lebensmitteln und bezogen auf den nachweislichen Wareneinsatz einen festen Kostensatz von mindestens 1,50 € netto pro Portion. Liegt der Satz darunter, kann von einer **qualitativ hochwertigen, altersgerechten und abwechslungsreichen Verpflegung** keine Rede sein! Dabei soll der zu leistende Eigenanteil für die Schüler mit 2 Euro je Menü gedeckelt werden.
- 3.5 Wir unterstützen maßgeblich die in Eigeninitiative zahlreicher Stahnsdorfer Jugendlicher und junger Erwachsener geplanten **unkommerziellen Musikveranstaltungen**. Perspektivisch setzen wir uns für die Zurverfügungstellung einer kommunalen Liegenschaft zur Etablierung eines Jugendzentrums ein.
- 3.6 Unter dem Motto „Für mehr WIR“ setzt sich die LINKE für eine deutliche Erweiterung der **Unterstützungs- und Beratungsangebote unserer Bürgerinnen in den verschiedensten Lebenslagen** durch die Gemeinde ein. Wir möchten insbesondere die Angebote des im *Clab* angesiedelten *Familienzentrums* stärker ausbauen und erweitern. Ziel dieser Maßnahmen ist es, den Prozess der Umsetzung der Zielvereinbarungen im Leitbild „*Familiengerechte Kommune*“ *Stahnsdorf* voranzutreiben! Folgende Einzelaspekte sind dabei zentral:
- Förderung des Familienurlaubs für Familien bzw. alleinstehende Eltern mit Kindern, die sich auf Grund ihrer Einkommenssituation keinen Urlaub leisten können, durch Versand der Antragsformulare der vom Land Brandenburg hierfür bereitgestellten Mittel an den berechtigten Personenkreis bzw. finanzielle oder organisatorische Hilfe für die Hin- und Rückfahrt.
 - Über diese Landesförderung hinaus erarbeitet die Gemeinde für weitere Familien eine gemeindeeigene Förderung für einen Familienurlaub und die Teilnahme an Kinderferienlagern.
 - Hilfe für Geschiedene im *Familienzentrum* (Rechtsberatung, Wohnsituation etc.).
- 3.7 Das Zusammengehörigkeitsgefühl von Alteingesessenen und Neuzugezogenen bzw. Zugewanderten lässt sich nicht einfach staatlich verordnen. Damit ein **neues „WIR-Gefühl“** entsteht, das sich weniger an unterschiedlicher Herkunft abarbeitet, sondern vielmehr Strategien des guten Zusammenlebens gemeinsam und zukunftsorientiert erarbeitet, braucht es aus Sicht der LINKEN dennoch kommunaler Formate der Begegnung und Unterstützung, etwa durch:

- **Schaffung und Verstärkung kommunaler Integrationsangebote**, die Maßnahmen der Sprachförderung, der kulturellen Bildungsarbeit und Freizeitgestaltung umfassen können. Besonders sinnvoll erscheint hier die Zusammenarbeit mit Vereinen und anderen Institutionen, z.B. der *Seniorinnenbegegnungsstätte, Club* etc.
- von der Gemeinde finanzierte **Mentorenmodelle**: Ehrenamtliche Mentorinnen können bei Behördengängen, dem Ausfüllen von Formularen, der Suche nach einer Ausbildungsstelle, einem Praktikum oder einer Beschäftigung zur Seite stehen.
- die Gemeinde organisiert regelmäßig **Begrüßungsabende** für Neubürgerinnen mit Vertreterinnen verschiedener Vereine und anderen interessierten Bürgerinnen.
- die Gemeinde organisiert **Skatabende und andere Formate** für gemeinsame Begegnungen zwischen den Bürgerinnen.

3.8 Nach der maßgeblich durch die LINKE initiierte und erfolgreich realisierte Einrichtung der *Seniorinnenbegegnungsstätte* gilt es kurz- und mittelfristig, die **Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangeboten** für Seniorinnen weiterzuentwickeln und dabei die Zusammenarbeit der verschiedenen Träger bzw. Anlaufstellen der Seniorinnenarbeit zu stärken. Im Einzelnen umfasst dies:

- Kulturnachmittage mit musikalischem Programm
- Lesungen für literarisch Interessierte
- Vorträge von Expertinnen zu relevanten kulturellen und gesellschaftlichen Themen
- Sportangebote etc.

3.9 Wir setzen uns für **neue Formen der Bürgerbeteiligung** ein. Die LINKE schlägt vor, das Prinzip Planungszelle³ in der Gemeinde einzuführen.

Auf der Grundlage humanitärer Überzeugungen, aber jenseits ideologischer Grabenkämpfe und bloßer Rechthaberei, möchten wir mit ganz konkreten Ideen und Ansätzen, wie sie dieses Programm beinhaltet, unseren Beitrag für ein friedliches, nachhaltiges und solidarisches Gemeindeleben leisten! Bitte unterstützen Sie die LINKE Stahnsdorf deshalb mit Ihrer Stimme!

³ In einer „Planungszelle“ erstellen zufällig ausgewählte, nicht organisierte Bürgerinnen zu einer bestimmten Fragestellung ein „Bürgerinnengutachten“, das auf ihren eigenen Erfahrungen und ihrem Wissen beruht. Die Bürgerinnen geben Empfehlungen und Bewertungen aus Sicht des Gemeinwohls ab, sie müssen im Verfahren keine speziellen Interessen vertreten. In Fachfragen werden sie von Expertinnen unterstützt.